

Grazer Bäderpreise werden sozial umgestaltet



FOTO: PEXELS PIXABAY

BÄDERPREISE IM ÜBERBLICK

TAGESKARTEN

Tageskarte SozialCard: 4 Euro/Tag (bisher 5 Euro)
Tageskarte Kinder (6–18 Jahre): 4 Euro (nicht erhöht)
Familientageskarte: 6,50 Euro (nicht erhöht)
Tageskarte: 7,30 Euro (bisher: 7 Euro)

SAISONKARTEN

Saisonkarte normal: 160 Euro
Saisonkarte Kinder (6–18 Jahre)/SozialCard: 99 Euro
2 Erwachsene + 2 Kinder: 215 Euro
1 Erwachsener + 1 Kind: 176 Euro.

ZEITKARTEN

Ab 12 Uhr: 6,60 Euro
Ab 17 Uhr oder für 2 Stunden: 5,70 Euro

Die Eintrittspreise für Familien und Sozial-Card-Inhaber:innen werden gesenkt. Ein Comeback feiern die unter Schwarz-Blau gestrichenen Abend- und 2-Stunden-Karten.

Am 1. Mai öffnen die Auster und das Margaretten-Bad ihre Tore für alle Sonnenhungrigen und laden zum Sprung ins (noch) kühle Nass. Am 14. Mai folgen das Augarten-Bad und das Bad Straßgang, am 21. schließlich das Ragnitzbad sowie das Stukitzbad. Einem

unbeschwerten Sommer in den Grazer Bädern scheint mit Blick auf die Pandemieentwicklung nichts mehr im Weg zu stehen.

„Ein Badebesuch darf für Familien, Kinder und Menschen mit geringem Einkommen nicht zum Luxus werden“, betont Finanz- und Beteiligungsstadtrat **Manfred Eber** (KPÖ). Auch wenn es aufgrund steigender Kosten im Betrieb, vor allem im Energiebereich, auch dieses Jahr zu leichten Erhöhungen bei den Eintrittspreisen kommen muss, hat die Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ erfreuliche Nachrichten für die Grazer Badegäste.

Neuer Sozialtarif um 4 Euro

In Absprache mit der Freizeit Graz gibt es 2022 erstmals eine „Tageskarte SozialCard-Erwachsene“ um 4 Euro. „Die Teuerungen treffen vor allem Menschen mit kleinen Einkommen am härtesten. Deswegen war es uns wichtig, dass wir für SozialCard-Inhaber:innen eine günstige Lösung anbieten können“, so Eber. Da gerade Familien und Kinder die Bäder besuchen, hat sich die Koalition auch für diesen Personenkreis eingesetzt: „Der Preis für die „Tageskarte Kinder“ wird 2022 nicht erhöht und kostet weiter-

hin 4 Euro. Gleich bleibt auch der Preis bei der Familien-Saisonkarte.“

Wieder da: Zeit- und Abendkarten

Ein Comeback feiern die von ÖVP und FPÖ abgeschafften Zeitkarten. Wer ab 12 Uhr kommt, bezahlt nur mehr 6,60 Euro für den Badetag. Ein Zwei-Stunden-Ticket bzw. die Abendkarte ab 17 Uhr kostet nur 5,70 Euro. Anders als im Pandemiejahr 2021 werden die Preise heuer einheitlich ab 1. Mai 2022 gelten und es wird keine Kontingente mehr für Online-Reservierungen geben.

Abgeblitzt: Kein Online-Plan für Hundeangebote



FOTO: JULIA PRASSL

Für viele Menschen ist ihr Hund ein ständiger Begleiter. Die Stadt Graz stellt vieles zur Verfügung – von Hundewiesen über Gackerl-Sackerl-Spender bis hin zu mit Napf ausgestatteten Trinkbrunnen. Dazu kommt ein breites Angebot an Fachgeschäften, Hundeschulen, Tierärztinnen und vieles mehr. KPÖ-Tierschutzsprecherin **Daniela Katzensteiner** (Foto) beantragte die Erstellung eines Online-Stadtplans, in dem all diese Angebote gebündelt einzusehen sind. So könnten auch Informationen zum richtigen

Umgang mit Hunden einfach zugänglich gemacht werden.

Das Stadtvermessungsamt erklärte sich schon bereit, die technische Umsetzung zu übernehmen. Abgeblitzt ist Katzensteiner jedoch bei Veterinärstadträtin **Claudia Schönbacher** (FPÖ). Das Veterinäramt sei „nicht geeignet, umfassende Information zu allen Hunde betreffenden Bereichen zusammenzutragen und vor allem aktuell zu halten“, so Schönbacher. Die KPÖ wird am Thema aber dranbleiben und nach anderen Möglichkeiten suchen.

Reininghaus: Mehr Grünflächen beschlossen



FOTO: ULLEO PIXARBY

Im neuen Stadtteil Reininghaus wird neben einer großen Parkanlage auch die sogenannte „Grünachse“ für die neuen Bewohner:innen angelegt. Einstimmig wurde im Gemeinderat nun ein Maßnahmenpaket um 250.000 Euro zur Begrünung beschlossen. Bis zum Sommer werden damit nicht nur Blüh- und

Blumenwiesen angelegt, sondern auch 21 Bäume gepflanzt. „Es ist wichtig, dass wir die Grünflächen schon jetzt kultivieren, weil sonst einige Neophyten – also Pflanzenarten, die nicht in Europa heimisch sind – vieles überwuchern würden“, erklärt der KPÖ-Planungssprecher **Christian Sikora**.

Stadtmuseumsleitung rechtzeitig ausschreiben!



FOTO: GRAZMUSEUM.AT

Nur zehn Bewerbungen für die Leitung des Kunsthouses, nur acht Bewerbungen für die Intendanz des international bekannten *steirischen Herbst* – im Kulturbereich ist absolut unüblich, was in Graz kürzlich geschehen ist. Während sich im prekären Kulturbereich die Zahl der Bewerbungen auf gut bezahlte und längerfristige Stellen im dreistelligen Bereich bewegt, musste bei Top-Jobs in Graz aus wenigen ausgewählt werden. Damit sich das nicht im *grazmuseum* wiederholt, wo 2023 eine neue Leitung den Dienst antreten soll, hakte KPÖ-Klubobfrau **Christine**

Braunersreuther bei Kulturstadtrat **Günter Riegler** (ÖVP) nach.

„Stadtmuseen haben sich in den letzten Jahren zu einem der interessantesten museologischen Arbeitsfelder entwickelt und innovativste Konzepte hervorgebracht. Die Leitungsfunktion des grazmuseums wäre daher eine Stelle, die auf dem internationalen Kultur-Stellenmarkt sicher sehr viele, sehr gute Leute ansprechen würde“, weiß Braunersreuther. „Um Verbreitung zu finden, müsste sie jedoch möglichst bald ausgeschrieben werden.“

Riegler sicherte eine baldige Ausschreibung zu.

Stadion Liebenau: Es wird weiter investiert

Im Oktober 2018 beschloss der Gemeinderat mehrere Investitionen rund um das Liebenauer Stadion. Die Vergrößerungen der Sportkabinen, die Neugestaltung des Bertha-von-Suttner-Platzes sowie den Neubau eines Sporttageszentrums, das den in die Jahre gekommenen VIP-Klub ersetzen soll. Dieser Neubau wurde grundsätzlich mit 6,18 Millionen Euro budgetiert. Durch die massiven Preiserhöhun-

gen im Baubereich haben sich diese Kosten mittlerweile auf fast 12 Millionen Euro verdoppelt. Eine Umsetzung der ursprünglichen Pläne ist somit völlig unrealistisch. „Deswegen überprüfen wir andere Varianten. In den nächsten Wochen werden wir diesbezüglich Entscheidungen treffen. Fest steht jedenfalls: Es wird auf jeden Fall weiter in das Liebenauer Stadion investiert“, so Finanzstadtrat **Manfred Eber**.



Graz fordert: Nur dauerhaft leistbares Wohnen fördern!

In Graz wird seit vielen Jahren viel gebaut. Der geschaffene Wohnraum ist jedoch für immer mehr Menschen nicht leistbar. Auch der geförderte Wohnbau bietet langfristig leider nur sehr bedingt Abhilfe, denn nach Ablauf der Förderung steigen die Mieten sprunghaft an.

Um das Wohnen in Graz möglichst leistbar zu halten, setzt die Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ deshalb kurzfristig auf ein Nicht-Anheben städtischer Gebühren, wie etwa beim Kanal und bei Müll, und langfristig auf die Errichtung neuer Gemeindewohnungen. Allein in diesem Jahr sollen bis zu 200 neue Wohnungen hinzukommen. „Die Stadt Graz setzt viele Schritte, um das Wohnen in Graz leistbar zu machen“, erklärt KPÖ-Wohnungssprecher **Horst Alič** (Foto). „Doch die Stadt allein ist



nicht in der Lage, den drastisch steigenden Mieten entgegenzuwirken.“ Dringend nötig wäre eine Überarbeitung der Geschosswohnbauförderung des Landes Steiermark.

Der Gemeinderat hat deshalb beschlossen, das Land Steiermark aufzufordern, ihre Wohnbauförderung an Verpflichtungen zu knüpfen. So

soll den Gemeinden ein Zuweisungsrecht für einen Teil der Wohnungen zugesprochen werden, die mit Mitteln aus Fördergeldern errichtet werden. „Damit könnte sichergestellt werden, dass öffentlich finanzierter Wohnraum auch dauerhaft leistbar ist“, so Alič. Gegen dieses Anliegen stimmen nur ÖVP, FPÖ und NEOS.

FOTO: MARIA ZIEGLER, UNSPALSH

KOMMENTAR



Liebe Grazerinnen und Grazer!

Die Teuerungen bei Lebensmitteln, beim Wohnen und bei den Energiekosten machen immer mehr Menschen zu schaffen. Auch mit durchschnittlichem Einkommen wird es immer schwerer, sich das tägliche Leben leisten zu können.

In Graz versuchen wir als Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ, so gut es geht gegenzusteuern: In den 4.350 Gemeindewohnungen, die sich im Besitz der Stadt Graz befinden, werden die Mieten nicht angehoben. In 6.832 „Übertragungswohnungen“ ist das zwar nicht möglich, aber bei ihnen gilt auch die Mietzinszahlung. Diese Leistung der Stadt stellt sicher, dass man in Gemeindewohnungen nicht mehr als ein Drittel des Haushaltseinkommens für die Miete bezahlt.

Die Erhöhung der Kanal- und Müllgebühren haben wir 2022 ausgesetzt, den Energiekostenzuschuss bei der SozialCard auf 100 Euro erhöht. Im Rahmen der Aktion „Energie gegen Armut“ stellt die Energie Graz dem Sozialamt 400.000 Euro für Haushalte in Zahlungsschwierigkeiten zur Verfügung. Auch bei den Bäderpreisen ist es gelungen, sie nach sozialen Kriterien umzugestalten. Für uns ist klar: Den Menschen muss in diesen schweren Tagen bestmöglich geholfen werden.

Ihre Bürgermeisterin Elke Kahr

SO ERREICHEN SIE ELKE KAHR:

Rathaus, 2. Stock

Tel.: 0316 872-2000

Mail: buergermeisterin.kahr@stadt.graz.at

Sprechstunden:

Wir bitten um Terminvereinbarung per Mail oder Telefon.

Pflegekurse für Angehörige

Angehörige zu pflegen ist physisch und psychisch belastend. In der Fürsorge gehen Verwandte oft an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Dazu kommt die Unsicherheit, ob alles richtiggemacht wird, damit die zu pflegende Person nicht verletzt wird. „Das Albert-Schweitzer-Trainingszentrum der GGZ schafft Abhilfe mit einem neuen Kursangebot, damit die Betreuung zu Hause bestmöglich klappt. Es vermittelt Angehörigen das notwendige Knowhow, wie sie ihre Liebsten am besten versorgen können“, sagt Pflegestadtrat **Robert Krotzer** (KPÖ).

In einem kostenlosen zweistündigen Basiskurs wird in Kooperation mit der Pflegedrehscheibe Wissen über die häusliche Pflege vermittelt. Da-



zu gibt es Einblicke in die rechtlichen und administrativen Aspekte sowie zu Fragen rund um die allgemeine Betreuung. In einer Musterwohnung der Geriatriischen Gesundheitszentren, wo auch technische Hilfsmittel zum Ausprobieren zur Verfügung

stehen, kann danach geübt werden. Dazu kommen die Praxis-kurse „Demenz“, „Körperpflege“, „Bewegen und Positionieren“ sowie „Sicher und fit zu Hause“. Diese dauern zweimal drei Stunden und kosten 63 Euro.

Infos: ggz.graz.at

FOTO: SABINE VAN EPP, PIAABAY

Zweite Bim-Trasse durch die Innenstadt beschlossen

Seit Jahrzehnten wird in Graz über eine Entlastung des öffentlichen Verkehrs in der Innenstadt diskutiert. Veranstaltungen in der Herrengasse, am Haupt- oder Südtirolerplatz führen immer wieder zu Beeinträchtigungen oder sogar temporären Stillstand des Straßenbahnbetriebes. Mit dem einstimmigen Gemeinderatsbeschluss der Innenstadtentlastung gehören diese Probleme nun aber bald der Vergangenheit an.

Schon als Verkehrsstadträtin war Bürgermeisterin **Elke Kahr** maßgeblich in die Planung der Ausweichstrecke vom Jakominiplatz über die Neutor- und Belgiergasse in die Annenstraße eingebunden. Unter Vizebürgermeisterin **Judith**



FOTO: WOLFGANG WEHAP

Mit Piktogrammen wurde am europaweiten „Autofreien Tag“ 2020 die Neuordnung des Verkehrs in der Neutorgasse vorgestellt.

Schwentner, ihrer Nachfolgerin im Verkehrsressort, wird das 37,5 Millionen Euro schwere Projekt nun angegangen. Finanziert wird es von Stadt, Land und erstmals auch dem Bund.

„Jahrelange Arbeit trägt jetzt Früchte. Mein Dank gilt allen die hier mitgearbeitet haben“, sagt Elke Kahr.

Erste Vorarbeiten für die Innenstadtentflechtung beginnen im Herbst. Ab Jänner 2023

startet zwischen Jakomini- und Andreas-Hofer-Platz die erste Bauphase während der auch die Neutorgasse gesperrt werden wird. Ein Jahr später folgt die für elf Monate anberaumte Erneuerung der Tegetthoffbrücke. Zuletzt wird der Abschnitt Belgier- und Vorbeckgasse gebaut, bevor ab November 2025 die ersten Straßenbahnen über die neue Strecke fahren werden.

Mit der Innenstadtentflechtung werden auch neue Geh- und Radwege entstehen und neue Bäume gepflanzt. Außerdem wird die Bauzeit auch für die Kanalsanierung im entsprechenden Bereich genutzt werden. In einem einstimmigen Beschluss hat der Gemeinderat dafür 2,4 Millionen Euro freigegeben.

In den Kindergärten brennt der Hut

Kindergärten und -krippen sind Bildungsinstitutionen, die mit höchster elementarpädagogischer Sorgfalt die Entwicklungschancen für Kinder mitgestalten.

„Die Budgets von Land und Bund sind seit vielen Jahren unzureichend – den wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Bedeutung der Elementarpädagogik zum Trotz“, kritisiert KPÖ-Bildungssprecherin **Mina Naghibi**, selbst Elementarpädagogin. Wenn Land und Bund nicht einlenken, können die Städte ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen.

Wesentlich sind für die Kommunistin die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, „damit sie ihre Kompetenzen zielsicher einsetzen können und der Kindergarten sein pädagogisches Potential entfalten kann“. Der Trend weist derzeit jedoch



FOTO: SIMON GOSTENSCHINGG

In der Kinderbildung und -betreuung brennt der Hut. Die Pädagog:innen wehren sich immer lautstärker gegen die Zustände.

leider in die andere Richtung. Bürokratische Tätigkeiten nehmen immer mehr Zeit in Anspruch. Verschärft wird das Problem durch oft völlig unzureichendes und veraltetes technisches Equipment und eingeschränkten Internetzugang.

Endlich handeln!

„Die Landesregierung muss endlich die Rahmenbedingungen verbessern“, so Naghibi. In einem einstimmig beschlossenen Dringlichkeitsantrag fordert der Grazer Gemeinderat das Land Steiermark auf, zu

handeln. Das sind die geforderten Eckpunkte:

- Verbesserung der Qualitätsstandards insbesondere hinsichtlich Gruppengröße und Räumlichkeiten
- Verbesserung des Angebots hinsichtlich Öffnungszeiten und Schließtage, insbesondere bei Kinderkrippen
- Stufenweiser Ausbau des Versorgungsgrades für Kindergartenplätze ab dem ersten Lebensjahr
- Flächendeckende Bereitstellung eines inklusiven Angebots von der Kinderkrippe an
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Pädagog:innen und Unterstützungspersonal
- Sicherstellung von Mitteln für eine Verbesserung der digitalen Infrastruktur in den Einrichtungen zur Bewältigung der administrativen Aufgaben.

